

Island: Neue Verfassung via Crowdsourcing

Island ist nicht nur eine [Trauminsel der Pressefreiheit](#). Auch in punkto Bürgerbeteiligung geht der Inselstaat neue Wege. Mittels eines Referendums wurden am 20. Oktober den Menschen sechs Fragen zum Verfassungsentwurf gestellt, den ein direkt gewählter Bürgerkonvent ausgearbeitet hat. Dafür gab es eine überwältigende Zustimmung!

Bemerkenswert an der Entstehung des isländischen Verfassungsentwurfs ist die Beteiligung der Bürger über den gesamten Prozess hinweg. Am Anfang stand eine von der Regierung einberufene, repräsentativ zusammengesetzte Planungszelle von rund 1.000 Menschen, die in kleinen Gruppen Ideen für die neue Verfassung zusammentrugen. Ein von Bürgern gewählter 25-köpfiger Konvent (= Verfassungsrat) hatte die Aufgabe, aus rund 700 Seiten mit Vorschlägen einen Verfassungsentwurf zu destillieren - im Konsensprinzip, öffentlich tagend und unter Einbeziehung von Facebook, Twitter, Youtube und anderen Kanälen.

Aus der Sicht von Ralf-Uwe Beck vom Verein Mehr Demokratie bietet das Internet gerade bei der Entwicklung von Gesetzen oder Verfassungen einen Raum für kreative Experimente. „Wichtig ist dabei, dass die Bürgervorschläge wirklich etwas bewirken und am Ende verbindliche direktdemokratische Entscheidungen stehen. In Island zeigt sich, wie die Idee der Bürgergesellschaft zu verstehen ist“, so Beck.

Eine von Bürgern (mit-)geschriebene Verfassung bricht mit dem Mythos von allwissenden und allmächtigen Politikern und ruft ins Bewusstsein, dass alle Bürger fähig anzusehen sind, ein Gemeinwesen mitzugestalten. Es sollte selbstverständlich sein, dass die Menschen sich in die Entwicklung des Gesellschaftsvertrags und damit in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen. Beim heutigen Referendum entscheidet sich auch, ob die Menschen zukünftig direktdemokratische Instrumente in ihrer Verfassung wünschen. So sieht der vom Verfassungsrat ausgearbeitete Entwurf Volksbegehren vor, mit denen Gesetzentwürfe des Parlamentes vom Volk überprüft und auch eigene Initiativen gestartet werden können.

Hier ein Überblick:

- fakultatives Referendum (gegen bereits vom Parlament beschlossene Gesetze) mit 10 Prozent Unterschriftenquorum (Art. 65)
- Volksinitiative (um ein Thema auf die Agenda des Parlaments zu setzen) mit zwei Prozent Unterschriftenquorum (Art. 66)
- Volksbegehren (Gesetzentwurf, der vom Parlament behandelt werden muss und zum Volksentscheid führt; ob der Volksentscheid verbindlich oder beratend ist, entscheidet das Parlament) mit 10 Prozent Unterschriftenquorum (Art. 66)
- Vorlagen sollen von allgemeinem Interesse sein und werden auf Vereinbarkeit mit der Verfassung geprüft (Art. 67)
- Themenausschlüsse: Haushalt, internationales Recht, Steuer-Gesetzgebung, Staatsbürgerschaft (Art. 67)

Nach der Auswertung des Referendums berät das Parlament erneut. Kritisch zu beurteilen ist, dass das Referendum keinen verbindlichen Charakter trägt. Darauf wird in einem [lesenswerten Artikel](#) im Verfassungsblog eingegangen. Zudem waren dem Konvent nur vier Monate Zeit für seine Arbeit gegeben. Etwas wenig Zeit für einen so gewichtigen Prozess. Dennoch: „Das isländische Demokratieexperiment ist ein wertvoller Impuls. Die Rückkopplung der politischen Klasse an die Bevölkerung kann neue Wege aus der Krise aufzeigen – das sollten sich auch die europäischen Eliten vor Augen halten“, so Beck. Mehr Demokratie plädiert deshalb für einen direkt gewählten Konvent auf europäischer Ebene, der mit genügend Zeit und unter Einbeziehung der Bürger Vorschläge für die Zukunft der EU vorlegt, über die dann per Volksentscheid abgestimmt wird. Das Demokratieexperiment „Verfassungsgebung mit Bürgerbeteiligung“ sollte Anregung und Vorbild für andere Länder und für die EU sein.

Weitere Hintergrundinfos zum Referendum und zum Verfassungsentwurf gibt es auf folgender Webseite: <http://www.thjodaratkvaedi.is/2012/en>

-> [Ausführliches Hintergrundmaterial von Mehr Demokratie e.V.](#)

Hinweis: Diesen Beitrag, den ich zusammen mit Anne Dänner von Mehr Demokratie e.V. recherchierte, habe ich hier in meinem Blog parallel

veröffentlicht.

UPDATE vom 21.10.2012:

Wie [Telepolis heute berichtet](#), haben die Isländer dem Verfassungsentwurf bei einer Rekord-Wahlbeteiligung von 50 Prozent zugestimmt. Erfreulich in punkto Einführung von Elementen direkter Demokratie ist, dass der Vorschlag, dass eine bestimmte Prozentzahl der Wahlberechtigten zu einem Thema ein Referendum erzwingen kann, eine deutliche Mehrheit erhielt. Island demonstriert damit, wie echte Bürgerbeteiligung in der Praxis aussieht und einer in anderen EU-Ländern weiterhin grassierenden Politikverdrossenheit bei den Bürgern entgegengewirkt werden kann. Vermutlich im Frühjahr 2013 wird schließlich das isländische Parlament über das heutige Ergebnis abstimmen. Weitere Updates dazu werden folgen!

UPDATE vom 20.12.2012:

Laut amtlichem Endergebnis gab es eine Wahlbeteiligung von 48,9 Prozent, wovon 66,3 Prozent für den Verfassungsentwurf stimmten (siehe: [IcelandReview](#)).

Hier eine Übersicht anderer Beiträge zum Thema:

23.10.2012

IcelandReview: [Reaktionen zum Verfassungsreferendum](#)

21.10.2012

dradio.de: [Das Verfassungsreferendum in Island](#)

Telepolis: [Isländer stimmen für neue „crowd-sourcing“-Verfassung](#)

20.10.2012

Piratenpartei: [Basisdemokratie am Beispiel Island: Und es geht doch!](#)

19.10.2012

Telepolis: [Modell Island, vorbildlich für Europa?](#)

18.10.2012

Verfassungsblog: [Das isländische Volk spricht - aber was sagt es?](#)

12.10.2012

futurezone.at: [Island weist den Weg in die Internet-Zukunft](#)

Trauminsel der Pressefreiheit

Beim Schutz von Presse- und Meinungsfreiheit ist Island schon lange weltweit führend. Die „[Icelandic Modern Media Initiative](#)“ (IMMI) will den Inselstaat nun auch zu einem Paradies für investigativen Journalismus und Whistleblowing machen. Im Sommer des vergangenen Jahres beschloss das isländische Parlament [einstimmig](#) ein vom IMMI angestoßenes Gesetzesprojekt, das die rechtlichen Rahmenbedingungen für investigativen (Online-)Journalismus und neue Medien verbessern soll.

Die treibenden Kräfte hinter der Initiative sind die isländische Abgeordnete Birgitta Jónsdóttir und der IMMI-Forschungsleiter Smári McCarthy. Auch die mittlerweile getrennte Wege gehenden Internetaktivisten Julian Assange (WikiLeaks-Chef) und Daniel Domscheit-Berg (OpenLeaks-Mitbegründer) rührten einst gemeinsam mit WikiLeaks die Werbetrommel für IMMI und waren an der [Vorbereitung der Initiative](#) maßgeblich beteiligt. Begünstigt wurde die Initiative auch durch die weltweite Finanzkrise: Diese traf Island besonders hart. Mit Kaupthing, Landsbanki und Glitnir gerieten die drei größten isländischen Banken beträchtlich ins Wanken und wurden zur Vermeidung eines völligen Zusammenbruchs Ende 2008 verstaatlicht.

Zurück blieb ein Schuldenberg, der in etwa dem Zehnfachen der damaligen Wirtschaftsleistung Islands entsprach. Dank WikiLeaks wurden interne Berichte der Kaupthing-Bank [zu Tage gefördert](#), wonach im großen Stil Kredite ohne ausreichende Sicherheiten vergeben und illegale Insidergeschäfte getätigt wurden. Die erfolgreiche einstweilige Verfügung der Kaupthing-Bank gegen die Berichterstattung war Stein des Anstoßes, um derlei Zensur künftig zu unterbinden.

Am 15. April 2011 wurde nun, fast ein Jahr später, das erste Gesetz der

Medienreform vom isländischen Parlament verabschiedet – weitere werden folgen. Unter anderem sieht es vor, einen starken Quellenschutz im Rahmen des investigativen Journalismus zu gewährleisten. Die im Gesetz festgeschriebenen Regelungen zum Quellenschutz orientieren sich an Empfehlungen des Europarats [[RECOMMENDATION No. R \(2000\) 7](#)]. Im neuen Gesetz ist ebenfalls die europäische [Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste](#) implementiert. Auf der Reform-Agenda, die bis 2012 umgesetzt werden soll, stehen folgende Inhalte:

- Isländischer Preis für freie Meinungsäußerung
- Schutz vor sogenanntem „libel tourism“ (d.h. Gerichts-Tourismus, also die Wahl des erfolgversprechendsten Gerichtsstands für Verleumdungsklagen) und anderem außergerichtlichen Missbrauch
- Schutz von Mittelspersonen („intermediaries“, d.h. für Internetdiensteanbieter)
- Virtuelle Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung
- Whistleblower-Schutz
- Quellenschutz und Schutz der Kommunikation zwischen Quellen-Journalisten
- Einschränkung von legalen Mechanismen, die evtl. Veröffentlichungen verhindern könnten
- Prozedurale Schutzmaßnahmen nach kalifornischem Anti-SLAPP-Modell (Anti -„strategic lawsuit against public participation“, also gegen einstweilige Verfügungen, die die Meinungsfreiheit untergraben könnten)
- Ultramodernes Informationsfreiheitsgesetz (“Freedom of Information Act”)

(Quelle: [IMMI](#) / Übersetzung: [netzpolitik.org](#))

Damit könnte der Inselstaat Island zu einem [noch sichereren Hafen](#) für die Pressefreiheit werden. Zeit Online empfiehlt Islands „Datenfreihafen“ gar als [Modell für Europa](#). Auf der [Rangliste für Pressefreiheit 2010](#) von Reporter ohne Grenzen wird Island bereits auf Platz 1 gelistet – und damit 16 Plätze vor Deutschland.

Mit der Umsetzung der IMMI-Gesetze wird der Inselstaat diese Position nicht nur festigen können, sondern weltweit auch einen klaren Standortvorteil und eine

Vorbildfunktion bei der Wahrung von Medien- und Pressefreiheit über die isländischen Grenzen hinaus besitzen. Die Journalistin Christiane Schulzki-Haddouti verweist [in ihrem Blog](#) auf eine Anhörung zu IMMI im Europäischen Parlament vom 20. April 2011, von der ein Video existiert, das sie übersichtlich in mehrere kurz kommentierte Teile splittete. Dabei kam auch Guido Strack vom Whistleblower e.V. zu Wort. Der gemeinnützige Verein informiert nicht nur über Whistleblower, sondern berät und unterstützt diese auch. Der Whistleblower e.V. gab im März 2010 auf Anfrage des isländischen Parlaments eine [ausführliche Stellungnahme](#) zu IMMI ab. Eine deutsche Übersetzung [gibt es hier](#). Mir gegenüber betont Strack die Bedeutung von IMMI, insbesondere, wenn man die Initiative auf ganz Europa ausdehnen wollte.

Bericht von Al Jazeera über IMMI:

Hier klicken, um das Video auf YouTube anzusehen...

Demokratie und Rechtsstaat brauchten ein System des Gleichgewichts der Mächte. Die klassischen Institutionen würden hier immer mehr versagen, da sie von den gleichen Parteien und ökonomischen Interessenvertretern beherrscht würden. Daher seien alternative, staatsfernere Kontrollmechanismen wie Whistleblowing, Internet und unabhängige Medien umso wichtiger. „Hier gilt es, die nötigen Freiräume vor staatlicher und wirtschaftsmächtiger Einflussnahme, insbesondere Zensur, zu schützen. Ich denke, dass IMMI hierfür eine wichtige Rolle spielen kann, insbesondere weil es diesen Ansatz auch recht umfassend angeht“, so Strack.

Interessant ist, dass sich IMMI beim Thema Whistleblowerschutz am „[Federal False Claims Act](#)“ (31 U.S.C. §§3729-3733) aus den USA orientiert. Dieser sichert Whistleblowern, die Fälle von Betrug seitens der Regierung aufdecken, u.a. eine Arbeitsplatzgarantie sowie die Beteiligung an konfiszierten Geldern zu. Wer sich die überwiegend aggressiven Reaktionen der US-Politik auf die WikiLeaks-Enthüllungen zu Irak und Afghanistan sowie die offensichtlich [unwürdige Behandlung](#) des WikiLeaks-Informanten Bradley Manning in Erinnerung ruft, mag das kaum glauben.

Das jetzt beschlossene isländische Medien-Gesetz ist aber nicht unumstritten. Die isländische Internetzeitung IceNews berichtete, dass das neue Gesetz [darauf abziele](#), Kinder vor obszönen Inhalten zu schützen und die Meinungsfreiheit zu gewährleisten. Zur Wahrung dieser Ziele wurde jedoch eigens ein neues Medien-Komitee einberufen, um zukünftig zwischen Medien, Öffentlichkeit und Regierung zu vermitteln. Zwar habe der Gesetzentwurf ehrenwerte Absichten, jedoch sei es ein Widerspruch in sich, dass Island einerseits ganz oben auf der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit stehe, andererseits aber nun einen von der Regierung kontrollierten Ausschuss zum Schutz und zur Durchsetzung der Pressefreiheit errichten wolle. Ungarn mit seinem kontrovers diskutierten neuen Mediengesetz und die Entwicklung der Pressefreiheit in anderen EU-Ländern wie Italien lassen grüßen. Ein weiteres Problem: Auch die technischen Voraussetzungen und gesetzlichen Rahmenbedingungen [müssen gegeben sein](#), um die IMMI-Ziele zu verwirklichen. So verträgt sich beispielsweise ein effektiver Informanten- und Quellenschutz kaum mit der Vorratsdatenspeicherung - und eben jene gibt es auch in Island.

Außerdem sieht sich die Initiative vor die Herausforderung gestellt, die jeweiligen Medien-Gesetze an diverse EU-Richtlinien anzupassen, die bei einem Beitritt Islands zur EU eingehalten werden müssen. Dennoch ist der Inselstaat mit seinem IMMI-Projekt ein weltweiter Vorreiter bei der nachhaltigen Stärkung von Presse-, Medien- und Meinungsfreiheit, insbesondere im digitalen Bereich. All jene, die staatliche Zensur und Überwachung oder Repressionen zu fürchten haben, werden sicherlich ihr neues Domizil im Datenfreihafen Island aufzuschlagen versuchen. So wie [möglicherweise WikiLeaks](#). Noch grandioser wäre es jedoch, wenn die isländische Freiheitswelle auch auf andere Staaten überschwappt - in einer vernetzten Welt wie der heutigen sicherlich keine utopische Hoffnung.

Dieser Beitrag wurde von mir auf [politik-digital.de](#) am 10.5.2011 unter einer Creative Commons - Lizenz erstveröffentlicht.